

Antrag

AntragsstellerIn: Michael Schäfer (KV Mitte) ((weitere Antragsteller*innen und Unterstützer*innen: siehe unten),)

Gegenstand: **Klimaschädliche Investitionen beenden & fossiler Energiewirtschaft die Kohle entziehen - Berlin, divest now!**

1 Antragstext

2 Klimaschädliche Investitionen beenden & fossiler Energiewirtschaft die Kohle
3 entziehen - Berlin, divest now!

4 Die Klimaauswirkungen werden immer sichtbarer - auch in unseren Breiten. Um
5 Gesellschaft und Wirtschaft zu schützen und die schlimmsten Auswirkungen
6 aufzuhalten, muss das von der internationalen Staatengemeinschaft beschlossene
7 Ziel, die globale Erderwärmung in diesem Jahrhundert auf höchstens zwei Grad
8 Celsius zu begrenzen, in aller Konsequenz verfolgt werden.

9 In der internationalen Klimapolitik sollen in diesem Jahr auf der UN-
10 Klimakonferenz in Paris die Weichen neu gestellt werden. Sollte es den
11 Beteiligten gelingen, ein verbindliches Abkommen für die Zeit ab 2020 zu
12 beschließen, wäre dies eine radikale Zäsur: Es dürften dann maximal nur noch ein
13 Drittel aller bekannten fossilen Energievorräte verbrannt werden. Damit stehen
14 die Interessen jener Konzerne und deren Anteilseigner*innen dem Klimaschutz
15 diametral gegenüber. Denn Kohle, Öl und Gas, das nicht verbrannt werden kann,
16 ist für die Energieunternehmen finanziell wertlos und wird zur "gestrandeten
17 Wertanlage" („stranded assets“). In der Vergangenheit versprochen Investitionen
18 in fossile Energien noch gute Renditen, doch in absehbarer Zeit werden solche
19 Geschäfte immer riskanter. Die CO2-Finanzblase („Carbon Bubble“), die sich aus
20 einer Überbewertung der fossilen Reserven ergibt, kann für unser Finanz- und
21 Wirtschaftssystem im schlimmsten Fall zur Systemkrise werden. Das Geld aus
22 fossilen Energiereserven muss daher abgezogen (to divest = abziehen) und in
23 nachhaltige Sektoren investiert werden. Diesen Weg gehen immer mehr Städte,
24 Universitäten und Stiftungen. Jüngst kündigte die Stiftung der Rockefeller
25 Familie, die ihren Reichtum mit der Förderung von Öl in den USA verdiente an,
26 ihr Geld aus der Förderung fossiler Energieträger abzuziehen.

27 Ein großer Teil privater und öffentlicher Institutionen - darunter Städte und
28 Gemeinden sowie darüber hinaus auch Kleinanleger*innen - sind über Investitionen
29 am fossilen Energiesektor beteiligt. Europäische Banken, Versicherungen und
30 Pensionsfonds haben bereits eine Billion Euro in Aktien, Anleihen und anderen
31 Vermögenswerten von Rohstoffkonzernen und deren fossile Projekte investiert.
32 Sollte es uns tatsächlich gelingen, die CO2-Emissionen - auch nur teilweise - zu
33 verringern, werden im fossilen Sektor Dividenden ausbleiben und Aktienkurse
34 sinken. Damit drohen Milliardenverluste, die schnell auch auf die Allgemeinheit
35 durchschlagen können. Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben bereits
36 Millionenverluste mit ihren Anteilen an RWE erlitten, weil der Konzern sich
37 gegen die Energiewende manövriert hat.

38 In den letzten Jahren haben sich weltweit - auch in Berlin - immer mehr Menschen
39 dieser Divestment Bewegung angeschlossen. Auch Bündnis 90/Die Grünen Berlin
40 unterstützen die Forderung, ethisch und ökologisch fragwürdige Anlagen die zudem
41 wirtschaftliche Risiken bergen zügig und konsequent zu beenden.

42 Berlins Anlagekonzept ermöglicht Investitionen in Kohle-, Öl- und Gaskonzerne.
43 Diese Investitionen stellen für das Land Berlin, seine Bürgerinnen und Bürger,
44 aber auch für den Wirtschaftssektor ein enormes ökonomisches Risiko dar.
45 Nachhaltige Anlagen setzen hingegen nicht auf die schnelle Rendite, sondern sind
46 langfristig orientiert. Aber es gibt keine Alternative zum Divestment. Entweder
47 bringt die Reduktion von CO2-Emissionen ein Problem für die fossilen
48 Unternehmen, oder der Klimawandel wird unbeherrschbar und somit wäre ein Finanz-
49 und Wirtschaftskollaps auch nicht zu verhindern. Letzteres bringt aber ganz
50 sicher für alle die höchsten Verluste.
51 Heute werden bereits fast 80 Prozent der globalen CO2-Emissionen in Städten
52 verursacht. Daher hat Berlin eine herausgehobene Verantwortung den
53 fortschreitenden Klimawandel entgegenzuwirken und sich bis zum Jahr 2050 zu
54 einer klimaneutralen Stadt zu entwickeln. Dazu gehört, dass auch seine
55 Geldanlagen nicht weiter die Konzerne der fossilen Energiewirtschaft stützen.

56 Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen sich dafür ein, dass das Land Berlin ein
57 ethisches Anlagekonzept verfolgt und keine direkten oder indirekten
58 Finanzanlagen mehr an Konzerne, deren Rendite auf ethisch und ökologisch
59 besonders problematischen Geschäftspraktiken beruhen investiert.
60 Wir wollen, dass Berlin den Beispielen anderer Städte wie San Francisco oder
61 Münster und Universitäten wie Yale oder Stanford folgt und finanzielle Einlagen
62 aus dem fossilen Sektor abgezogen und die freiwerdenden Mittel in eine
63 kohlenstoffarme oder kohlenstofffreie Wirtschaft investiert werden. Damit sollte
64 im Rahmen einer aufzubauenden Divestment-Städtepartnerschaft ein starkes Signal
65 in Richtung der UN-Klimakonferenz in Paris gesendet werden.
66 Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen sich für Divestment in Berlin ein.

67 Weitere Antragssteller*innen und Unterstützer*innen:
68 Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Georg Kössler (KV Neukölln),
69 Reinhard Bütikofer (KV Mitte), Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf),
70 Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft), Özcan Mutlu (KV Mitte), Vollrad Kuhn
71 (KV Pankow), Frank Bertermann (KV Mitte), Bola Olalowo (LAG Wirtschaft &
72 Finanzen), Francisca Fackeldey (KV Neukölln), Stefan Taschner (KV
73 Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Manuel Kochinski

74 (KV Mitte), Silke Gebel (KV Mitte), Dorothee Schulte-Basta (KV Neukölln), Taylan
75 Kurt (KV Mitte), Mona Hille (KV Mitte), Detlef Müller (KV Mitte), Molina Gosch
76 (KV Mitte), Daniela Billig (KV Pankow), Timm Büchner (KV Neukölln), Heike Kähler
77 (KV Mitte), Sibylle Steffan (KV Neukölln), Alexandra Kohl (KV Mitte), Anja
78 Engelmohr (KV Pankow), Jerome Chladek (KV Mitte), Volkmar Nickol (LAG Migration
79 & Flucht), Pia Paust-Lassen (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Johanna Braun (KV
80 Mitte), Marc Urbatsch (KV Mitte), Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg),
81 Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Turgut Altug (KV Friedrichshain-
82 Kreuzberg), Manfred Kabus (LAG Drogenpolitik)